

Marianne Grimmenstein
Corneliusstr.11
58511 Lüdenscheid
Tel: 02351-27573

Marianne Grimmenstein – Corneliusstr.11 – 58511 Lüdenscheid

Herrn Innenminister
Dr. Hans-Peter Friedrich
Alt-Moabit 101D

10559 Berlin
Fax vorab

Lüdenscheid, 31.10.2011

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Friedrich,

hiermit stellen wir als unabhängige Bürgerinitiative „Initiative Volksentscheid“ den Antrag auf Durchführung einer bundesweiten Volksabstimmung nach Artikel 20 Absatz 2 Grundgesetz. Nach unserer Ansicht bedarf es hierzu keines gesonderten Ausführungsgesetzes, weil das Grundgesetz die Durchführung von Volksbefragungen und -abstimmungen nicht unter einen Gesetzesvorbehalt gestellt hat. In unserer Demokratie ist das Volk der Souverän und damit oberstes Verfassungsorgan („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Art. 20 Abs. 2 S. 1 GG). Die Staatsgewalt wird vom Volk **und** durch weitere Organe (Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung) ausgeübt (Art. 20 Abs. 2 S.2 GG), die also **neben** dem Volk als Verfassungsorgan existieren und **nicht anstelle** des Volkes. Als die Franzosen und Holländer über die EU-Verfassung abstimmten, erließen sie auch kein Gesetz. Außerdem sind in der EU die Deutschen die einzigen, die noch kein nationales Referendum durchgeführt haben. Alle 26 anderen Staaten haben dies bereits.

Zu der folgenden Frage sollen sich die Bürger/innen entscheiden:

Wollen Sie, dass Deutschland sich das von ihm benötigte Geld zinslos selber erschafft, statt es von Privatbanken gegen Zins zu leihen?

Unseren Antrag begründen wir in der Anlage. Da die Frage zu der beantragten Volksabstimmung und das damit verbundene Problem nicht nur die heutige ganze Gesellschaft, sondern auch die nachkommenden Generationen betreffen, hoffen wir, dass es uns gelingen wird, Sie mit der beigefügten Begründung von der absoluten Notwendigkeit der Durchführung dieser Volksabstimmung zu dieser wichtigen Frage im Interesse des Gemeinwohls zu überzeugen. Wegen der Dringlichkeit der Lösung dieses uns alle angehenden Problems bitten wir Sie, uns möglichst bis zum 15. Dezember 2011 einen Entscheid auf unseren Antrag zu geben. Für Ihre Aufmerksamkeit bedanken wir uns.

Mit freundlichen Grüßen
Marianne Grimmenstein
Sprecherin von INITIATIVE VOLKSENTSCHEID

Begründung des Antrags

Woher kommt eigentlich das Geld, und wer gibt es wem für welche Gegenleistung? Ein freier Staat erschafft sich in der von ihm benötigten Menge sein Geld aus dem Nichts selber und verleiht es zu einem staatlich bestimmten Zinssatz an Privatbanken für ihre Privatgeschäfte. In der €-Zone gibt die Zentralbank EZB Privatbanken Geld zu einem Zinssatz der nahe bei 0% liegt, damit sie es den Staaten, von denen die EZB ihre Währungshoheit ableitet, als Kredit zu einem Zinssatz von 5% und mehr zurückgewähren. Von dieser Zinsdifferenz = Bankensubvention, die allein in der BRD jährlich >50 Mia. € beträgt, leben die Privatbanken prima, zahlen hohe Boni und wollen immer mehr, weil sie in diesem System relevant sind. Nach Pauli (=Paulus Römischer Rechtsgelehrte) Rechtssatz in Dig. (=Digesten - Römisches Recht) 50, 17, 173 § 3: dolo facit, qui petit, quod redditurus est (Mit Arglist handelt, wer verlangt, was er demnächst zurückgibt bzw. was er selbst zurückerstatten muss.) darf es keine staatliche Zinszahlung an Privatbanken geben. In diesem System nimmt der private Beschenkte den öffentlichen Schenker mit seinem öffentlichen Geschenk privat aus und erpresst ihn auch noch.

Die Ursachen für die wiederkehrenden Finanzkrisen liegen grundsätzlich im heutigen Geldsystem, weil Banken praktisch das Monopol zur Geldschöpfung haben. Die Banken haben nämlich - unbemerkt vom Bewusstsein der Allgemeinheit - sich die Möglichkeit geschaffen, Geld „aus dem Nichts“ per Kredit zu schöpfen. Aus einer relativ kleinen „fraktionalen“ Menge an Zentralbankgeld kann mit Hilfe der s.g. „multiplen Geldschöpfung“ ein Hundertfaches an Kreditgeld durch die Geschäftsbanken geschaffen und können darauf Zinsen verlangt werden. Ca. 95% unseres Geldes kommt darum als Schulden in Umlauf, der Rest ist Bargeld. Da Geld also Schulden sind, können die Zinsen nur durch noch mehr Schulden bezahlt werden. Das ist ein Teufelskreis, der die Gesellschaft zur exponentiellen Verschuldung und ewigem Wirtschaftswachstum zwingt. Die ganze Welt ist darum heute bis unter das Dach verschuldet – und es gibt systemisch kein Entrinnen von noch mehr Schulden und noch mehr Schuldendienst. Heute sind sogar die Staaten, die Schuldner „of last resort“, im Grunde bankrott. Niemand, auch unsere Kindeskiner nicht, wird jemals diese Billionen zurückzahlen können. Gleichzeitig explodieren die Geldvermögen, weil ja Schulden auf der einen Seite Vermögen auf der anderen Seite entsprechen. Die allerdings akkumulieren sich bei einigen wenigen. Die Gesellschaften zerbrechen an dieser gefährlichen Dynamik. Die heutige Krise ist darum eine essentielle Systemkrise, ein „weiter so“ wäre sowohl fatal als auch ignorant.

Die prozyklische Kreditgeldschöpfung der Banken wurde in den letzten Jahrzehnten vor allem zur Spekulation benutzt, ohne Nutzen für die Realwirtschaft. Diese Wertsteigerungen, die an den Börsen „geschöpft“ werden, sind alles Wetten auf eine unrealistische Zukunft, die in dieser Masse nie erfüllt werden können. Platzen dann die Blasen, wie z.B. die Immobilienblase in den USA 2008, kommt es zu dramatischen Wertberichtigungen, in deren Zuge auch die Banken in Konkursgefahr geraten. Da bei einem Bankencrash auch unsere Zahlungsmittel weg sind, muss der Staat (d.h. der Bürger) die Banken retten, damit die Wirtschaft nicht zusammenbricht. Banken sind aus diesem Grunde für die Gesellschaft „systemisch“ wichtig, und eine Rettung durch den Staat erscheint „alternativlos“ (Merkel). Die Banken nutzen ihr Geldschöpfungsmonopol darum aus, um sich durch Spekulationsgeschäfte zu bereichern. Im Wissen, dass sie gerettet werden müssen, gehen sie Risiken ein, die ein normaler Unternehmer nicht einginge. Die Spekulationsgewinne gehören dann den Banken und Geldbesitzern und die Schulden und Verluste dem Bürger. Kein Wunder, dass die Leute auf die Strasse gehen, wenn sie für die Rettung der Gewinne anderer gezwungenermaßen zur Kasse gebeten werden. „Gerade die deutschen Banken mischten beim Zocken mit dubiosen Wertpapieren, also beim Spiel mit gezinkten Karten, munter mit. Und wie ein Vater die Spielschulden seines spielsüchtigen Sohnes bezahlt, so kommt der Steuerzahler - und das ist über die Mehrwertsteuer praktisch jeder Bürger, der irgendetwas kauft – für die Verluste der Geldinstitute auf.“ (Quelle: Thomas Wiecezorek,

Unabhängige Bürgerinitiative für direkte Demokratie auf Bundesebene

Euroland, Knauer 2010) Das ganze System ist in jeder Hinsicht unhaltbar und eine ernsthafte Gefahr für die Stabilität der Gesellschaft.

Es gibt keine Gesetzesbestimmung, die das Staatsvolk verpflichtet, für die von Volksvertretern verursachten Schuldenberge durch Kreditaufnahme zu bürgen (d.h. dafür das eigene Vermögen herzugeben oder die Schulden „abzuarbeiten“), und zwar bis in noch ungeborene Generationen hinein, wenn große Teile des Staatsschuldenberges nachweislich nicht für die Mehrung des Gemeinwohls zustande gekommen sind.

In solchen Fällen haftet (nach geltendem deutschem Recht, nicht nur Verfassungsrecht) der Verursacher selbst. Die öffentliche Hand muss dann prüfen, ob ihr ggf. Schadensersatzansprüche gegen die Schädiger zustehen.

Die schon weit geöffnete Schere zwischen arm und reich öffnet sich immer weiter. Die Menschenrechte werden zunehmend missachtet, und der ökologische und soziale Zustand unseres Planeten verschlechtert sich fortschreitend. Es gelingt der Politik offensichtlich nicht, eine brauchbare und langfristige Lösung für die Beseitigung der Probleme zu finden. Die Politik hat sich von der Finanzwirtschaft am Nasenring über die Weltbühne ziehen lassen. Die Finanzwirtschaft hat ihre Interessen in Milliarden-Höhe bei der Politik durchgesetzt. Zu diesem Ergebnis kam die vom US-Kongress eingesetzte Kommission zur Aufklärung der Umstände, die zur Finanzkrise geführt haben. All das Geld, das wir für dringende soziale Aufgaben brauchen, wird jetzt dazu genutzt, die Zinsforderungen der Banken zu bezahlen.

„Das Profitstreben – die „Gier“ – gehört zum Wesen des Kapitals, der Manager und vieler anderer mehr; und es ist ja gerade Aufgabe der Politik, dem einen Riegel vorzuschieben und es in „geordnete Bahnen“ zu lenken.“ – Thomas Wiczorek/Journalist und Parteienforscher (Die geplünderte Republik, Knauer 2010). Auch die Aussage des Ökonomen John Maynard Keynes gilt unverändert: „Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenprodukt der Aktivitäten eines Casinos ist, dann wird die Aufgabe wahrscheinlich schlecht erledigt.“

Die Auslagerung der Währungshoheit, Art. 73 Nr. 4 GG, auf die EZB macht die deutschen Staatsorgane zudem vollständig unfähig, ihrer Erpressung durch die Privatbanken irgendetwas **außer** einer Volksabstimmung entgegenzusetzen. Systemimmanent ist keine Lösung der Finanzkrise möglich, systemtranszendent und staaterhaltend ist allein die strengste Gewaltentrennung zwischen Staat und Privatbanken durch sofortige Einstellung seiner sämtlichen Zins- und Tilgungszahlungen an sie. Dies kann mit der Volksabstimmung erreicht werden.

Mit der direkten Geldbeschaffung bei der EZB und den eingestellten Zinszahlungen seitens des Staates an die Privatbanken würde der Staat seine Schulden rasch abbauen und endlich seine notwendigen sozialen Aufgaben wieder voll erfüllen können. Die Finanzwirtschaft würde wieder der Realwirtschaft dienen, wo auch persönliche Verantwortung gilt.

Der Staat ist stets verpflichtet, ausschließlich dem Wohl seiner Bürger/innen zu dienen. Dafür ist er da, und die Bürger/innen haben bei Nichterfüllung das Recht, dieser Verpflichtung des Staates Geltung zu verschaffen. Die Volksabstimmung in diesem Fall ist nicht nur nach dem Grundgesetz, sondern auch nach herrschendem Völkerrecht, das auch Bestandteil des Grundgesetzes ist, absolut rechtmäßig.